



Ausgabe 21

05. November 2010

**Redaktionsschluss für die Ausgabe
Nr. 22 von Links & aktuell ist der
12.11.2010.**

**Beiträge können zu den Sprechzeiten des
Stadtvorstandes abgegeben werden.**

Oder per Mail:

linksundaktuell@dielinke-magdeburg.de

Der Stadtvorstand ist unter folgender

E-Mail Adresse erreichbar:

stadtvorstand@dielinke-magdeburg.de

**Die Ausgabe 22 erscheint am
19. November 2010**

E-Perso im Freilandversuch

"Die übereilte Einführung des neuen Personalausweises gleicht einem Freilandversuch", findet Jan Korte. "Bis jetzt ist nur eines klar: Die Bürgerinnen und Bürger haben den Schaden, wenn es schief geht."

"Trotz aller Einwände von IT-Sicherheitsexperten ist am heutigen Montag der neue Personalausweis eingeführt worden. Statt die Technik noch einmal zu überarbeiten oder auch nur zu warten, bis sichere, zertifizierte Standard- und Komfortlesegeräte auf dem Markt sind, hat die Bundesregierung starr an ihrem Zeitplan festgehalten. Wer davon profitieren könnte, ist bislang unklar. Manche sagen, es seinen Dienstanbieter im Internet, manche behaupten, es seien Cyberkriminelle. Nur die Verlierer stehen fest: Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die sich auf ein Mehr an Sicherheit bei Internetgeschäften verlassen.

Aktuell sind nur drei Basislesegeräte vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifiziert, von deren Anwendung das Bundesamt jedoch abrät. Zertifizierte Standard- und Komfort-Leser mit eigener Tastatur, die das BSI empfiehlt, sind hingegen noch gar nicht auf dem Markt. Hier wird deutlich, wie leichtfertig die Bundesregierung bei der übereilten Einführung des elektronischen Personalausweises mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger umgeht.

Bis sichere Lesegeräte auf dem Markt sind, kann man von der Benutzung der Zusatzfunktionen des neuen Personalausweises nur abraten. Wer sich demnächst einen neuen Ausweis holt, seinen Computer mit neuester Antivirussoftware und Firewall aufgerüstet und ein sicheres Lesegerät angeschafft hat, hat dann gut 280 Euro ausgegeben, bevor er im Internet überhaupt etwas gekauft hat.

Da die Bundesregierung die Bevölkerung nun praktisch zum Besitz von 'Montagsprodukten' verpflichtet hat, bleibt zu hoffen, dass sie wenigstens einen guten Kundenservice bietet, also über Sicherheitsrisiken aufklärt und bei Reklamationen nicht die Schuld bei der Kundin oder dem Kunden sucht."

Energiepolitische Positionen von SPD und CDU kaum vereinbar

***Zur Warnung des stellv. Ministerpräsidenten
des Landes Jens Bullerjahn vor einer „Rolle
rückwärts“ in der Energiepolitik bemerkt der
Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:***

„Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass sich Herr Bullerjahn gegen die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung und gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke im Besonderen wendet. Ebenso ist es ohne Zweifel sinnvoll, wenn die SPD Sachsen-Anhalts gemeinsam mit den BUND Unterschriften gegen die Atomkraft und für Arbeitsplätze sammeln will. Höchst problematisch ist hingegen die Position der CDU Sachsen-Anhalts zu dieser Frage – bekanntlich unterstützt sie den so genannten Atomkompromiss der Bundesregierung. Sie stellt sich damit gegen die Interessen der Wirtschaft, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien mit seinen großen Potentialen für Sachsen-Anhalt, ebenso gegen die Interessen und Entwicklungschancen der kommunalen Stadtwerke. Und darüber hinaus schadet die CDU-Position auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern, denen in der Folge der bundespolitischen Entscheidungen beachtlich Preiserhöhungen drohen.

DIE LINKE räumt den erneuerbaren Energien ganz entschieden den Vorrang ein, sie fordert deren Ausbau und plädiert für eine höhere Energieeffizienz und -einsparung. Der so genannte Atomkompromiss ist auch aus dieser Sicht absolut kontraproduktiv und wird von der LINKEN abgelehnt.

Interessant bleibt die Frage, mit wem die SPD ihre energiepolitischen Vorstellungen durchsetzen will – mit der CDU dürfte dies außerordentlich schwierig werden, die Positionen sind kaum vereinbar.“

Magdeburg, 28. Oktober 2010



Termine und Sonstiges

zum Geburtstag Am 05.11. Eckhard Schwieger zum 62. Werner Rehfeldt zum 69. Johannes Osten zum 87. Gerhard Schönmann zum 89. Am 06.11. Edith Wagner zum 88. Am 07.11. Käthe Jung zum 89. Am 08.11. Bernd Krause zum 61. Rosa Ullmann zum 84. Am 09.11. Wolfgang Korb zum 58. Klaus Gierath zum 65. Renate Kopmann zum 71. Am 10.11. Mario Gordziel zum 37. Doris Richter zum 78. Am 11.11. Dieter Fetke zum 71. Am 12.11. Anne Voigt zum 90. Am 13.11. Hannelore Haese zum 60. Am 14.11. Ines Sedlick zum 39. Ingeborg Lange zum 81. Erika Albrecht zum 84. Maria Wagner zum 84. Sonja Sauer zum 85. Margaretha Blume zum 86.	Am 15.11. Lydia Ebeling zum 62. Hermann Neuling zum 71. Horst Fiege zum 80. Am 17.11. Karl-Heinz Ullrich zum 82. Gertrud Brandt zum 85. Am 18.11. Jan Buchmann zum 52. Helmut Schoenegge zum 76. Wilhelm Tonne zum 83. Termine 11.11.2010 16.00 Uhr Mitgliederversammlung BO Pechauer Platz/ BO 260 mit Thomas Waldheim Gaststätte Triftweg 17.11.2010 14.30 Uhr Mitgliederversammlung OV Nördl. Altstadt Kühleweinstraße 22.11.2010 16.30 Uhr Mitgliederversammlung MF Buckau BUND Olvenstedter Straße 25.11.2010 16.30 Uhr Mitgliederversammlung BO Semmelweißstraße Gartenlokal „Mein Heim“	„Unterschriftenaktion, damit Zoo auch in Nord offen bleibt“ <i>(Volksstimme, Magdeburger Lokalanzeiger, 25.10.2010)</i> Nach dem Zoo-Geschäftsführer Dr. Perret am Ende langer öffentlicher und parlamentarischer Diskussionen, auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion DIE LINKE., Frank Theile, zur Stadtratssitzung im April diesen Jahres noch immer keine klare Antwort zur Öffnung des nördlichen Zoоеinganges geben konnte, beantragte die Fraktion Die LINKE. in selbiger Sitzung „Eine behindertengerechte Öffnung des Nordeinganges ist herzustellen“. Dieser Antrag wurde maßgeblich mit den Gegenstimmen der CDU-Fraktion, bei Stimmengleichheit, im Stadtrat abgelehnt. Es verwundert daher schon, wenn nun ausgerechnet Stadtrat Bernd Heynemann als Mitglied der CDU-Stadtratsfraktion, im Umfeld des heraufziehenden Landtagswahlkampfes, sozusagen auf „den fahrenden Zug“ der Bürgermeinungen und des Engagements einer anderen Stadtratsfraktion aufzuspringen versucht. Vielleicht will Stadtrat Heynemann aber auch nur nachholen oder wiedergutmachen, was er in der möglicherweise bereits maßgeblichen Stadtratssitzung im April d. J. wegen Abwesenheit leider nicht leisten konnte, nämlich gegen die Mitglieder seiner CDU-Fraktion zu votieren, um damit einen Beitrag zur Realisierung eines Antrages der LINKEN zu leisten. Als Fraktion DIE LINKE. geht es uns, nach seiner am 25.10.10 veröffentlichten Unterstützungserklärung für die Öffnung des Zoo-Nordeinganges, ebenso wie mit Sicherheit sehr vielen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils. Wir freuen uns über das, wenn auch leider etwas verspätete, Bekenntnis eines CDU-Stadtratsfraktionsmitgliedes zu unserem Antrag vom April 2010. Wir wünschen uns, genauso wie die Initiatoren der Unterschriftensammlung, die wir als Fraktion in jeder Hinsicht unterstützen werden, dass sich auch die CDU-Mitglieder im Aufsichtsrat der Zoo-gGmbH der Auffassung ihres Fraktionskollegen anschließen können, um so gemeinsam mit den Vertretern der LINKEN vielleicht doch noch, einem wichtigen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, mit einem positiven Votum zur Umsetzung zu verhelfen. Frank Theile Fraktionsvorsitzender
--	--	---

Ein Ort für ganz Südost

Wulf Gallert bei der Eröffnung des Bürgerhauses in Salbke

Am 29.10.2010 war es so weit, das Bürgerhaus „Alte Schule Salbke“ wurde offiziell seiner Bestimmung übergeben. Dies war ein wichtiger Termin im Leben der Stadt, ein wichtiger Termin für Wulf Gallert. Dem ehrenamtlichen Engagement in Salbke konnte an diesem Tag großer Respekt gezollt werden, aber auch Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Initiativen waren möglich. Während der fast einstündigen Besichtigung des Gebäudes kam Wulf Gallert u.a. mit Ehrenamtlichen des Kneipp-Vereins und der Leonardo-Bibliothek ins Gespräch. Dabei ging es um die Arbeit der Vereine und ihre alltäglichen Problemen. So ist es für die Vereine eine existentielle Frage, viele Menschen zu erreichen. Daher war es für Wulf Gallert wichtig zu wissen, wie sie dies in einem Stadtteil wie Südost schaffen, welcher doch mit starken demografischen Problemen zu kämpfen hat. Der Mut der im Bürgerhaus angesiedelten Vereine ist zu bewundern, dass sie es in dieser schwierigen Lage versuchen, für die Menschen in Südost da zu sein. Genau mit solchen Projekten kann etwas gegen den Bevölkerungsrückgang unternommen und Stadtteile attraktiv gestaltet werden.

In den Gesprächen interessierte sich Wulf Gallert auch für die Finanzierung der Vereine und die Kosten, die sie bewältigen müssen. Eine Frage, die für die Arbeit der Vereine von wichtiger Bedeutung und für einen Landespolitiker immer von Interesse ist.

Im Abschließenden Gespräch mit dem Vorsitzenden des Fördervereins „Alte Schule Salbke“ e.V., Herrn Ingo Klette, bedankte sich Wulf Gallert für die über fünfjährige Arbeit des Vereins, mit dessen ehrenamtlichen Engagement und dem Festhalten an der Idee eines Bürgerhauses die Verwirklichung des Projekts „Alte Schule Salbke“ erst möglich wurde. So konnten viele Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit des Vereins aktiviert werden, es wurden Spendengelder und Fördermittel eingeworben.

Wulf Gallert ist sich sicher, dies ist nicht nur ein Ort für Salbke. Die „Alte Schule“, mit ihren vielen ehrenamtlich Aktiven wird nach ganz Südost ausstrahlen. Die Arbeit des Fördervereins „Alte Schule Salbke“, des Bürgervereins und der sehr aktiven Gemeinwesensarbeitsgruppe in Südost ist Beispielhaft für ehrenamtliches Engagement in Sachsen-Anhalt.

Dennis Jannack



Spenden für den Landtagswahlkampf

Aus der Landtagswahl 2011 wollen wir erfolgreich hervorgehen, wir wollen unser Stimmergebnis steigern. Ein Wahlkampf ist Herausforderung für alle Mitglieder, so gilt es bei persönlichen Gesprächen im privaten Bereich aber auch an Infoständen für die Partei DIE LINKE zu werben.

Unser Wahlkampf kostet aber auch Geld. Daher liegen der aktuellen Ausgabe von Links & aktuell zwei Spendenbriefe bei. Einer ist zur eigenen Verwendung, der andere soll weitergegeben werden, an Verwandte, Freunde oder Hausbewohner. In der Landesgeschäftsstelle, in der Ebendorfer Straße 3, sind weitere Spendenbriefe erhältlich. Für noch mehr Verwandte, Freunde oder Hausbewohner.

Wahlprogramm "Ein Land für alle" beschlossen

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat ihr Programm für die bevorstehende Landtagswahl beschlossen. Nach intensiver Beratung votierten die Delegierten ohne Gegenstimme für das Wahlprogramm unter dem Motto „Ein Land für alle“.

Die Grundlinien des vom Landesvorstand vorgelegten Entwurfs wurden bestätigt, in den Mittelpunkt des politischen Angebotes stellt DIE LINKE die Themen: Bildung und Chancengleichheit, gute Arbeit und gute Löhne und die stärkere Unterstützung für Kinder aus armen Familien.

Im Bereich der Schulpolitik fordert die DIE LINKE den schrittweisen Übergang zum längeren gemeinsamen Lernen, im Bereich der Kindertagesstätten die Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder. Für Kita und Grundschule will DIE LINKE die Subventionierung eines gesunden und bezahlbaren Mittagessens durchsetzen.

Die Zukunftsfähigkeit des Landes hängt an den Perspektiven der Menschen: DIE LINKE will den Status Sachsen-Anhalts als Niedriglohnland durch ein neues Vergabegesetz verändern. Öffentliche Aufträge sollen nur noch an Unternehmen gehen, die mindestens einen Stundenlohn von 8,50 Euro zahlen. Im öffentlichen Dienst fordert DIE LINKE bis 2016 1.200 Neueinstellungen mehr als bisher von der Landesregierung geplant, um dem bevorstehenden Mangel an Lehrern, Verwaltungsfachleuten und Polizisten begegnen zu können.

DIE LINKE will in Zeiten äußerst knapper öffentlicher Kassen eine sehr bewusste Entscheidung über ihren Forderungskatalog und ihre politischen Vorhaben treffen. Wulf Gallert, designierter Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, betonte in seiner Rede an die Delegierten, dass sich Glaubwürdigkeit der LINKEN an der Umsetzbarkeit ihrer politischen Agenda misst. Hart griff er die CDU an, der er vorwarf, die Probleme des Landes schön zu reden. „Die Leute haben genug von falschen Versprechungen. DIE LINKE dagegen steht mit beiden Beinen fest auf dem Boden, auch der Rahmenbedingungen hier in diesem Land, wir kennen die Probleme, aber auch die Chancen und Potentiale in Sachsen-Anhalt.“

Gastredner Gregor Gysi betonte den Stellenwert von Landtagswahlen für die Veränderung der Kräfteverhältnisse im Bund. Er schloss seine Rede an die Delegierten mit dem Aufruf, mit dem Wahlsieg der LINKEN auch ein deutliches Signal an die Bundesregierung zu senden. „Wer Veränderung in Sachsen-Anhalt will, der muss DIE LINKE wählen. Anders sind Veränderungen nicht zu erreichen – weder bei der Union, weder bei der SPD und schon gar nicht im Land.“ Die SPD in Sachsen-Anhalt steht für Gysi vor der Entscheidung, nach der Landtagswahl entweder ihr Wahlprogramm zu konterkarieren, sollte sie weiter im Bündnis mit der CDU verbleiben - oder mit der Wahl des LINKEN Ministerpräsidenten Wulf Gallert ins Geschichtsbuch der Bundesrepublik einzugehen.

Laufzeitverlängerung gefährdet den Ausbau erneuerbarer Energien

Zu der vom Bundestag beschlossenen Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke erklärt Rosemarie Hein, Bundestagsabgeordnete aus Magdeburg:

„In der jüngsten Bundestagssitzung hat die schwarz-gelbe Koalition den Atomkompromiss aufgekündigt und ist den Interessen der Atomlobby gefolgt. Sie ignoriert damit sowohl die Gefahren, die von Atomkraftwerken ausgehen, als auch die nach wie vor ungeklärten Probleme der Endlagerung des radioaktiven Abfalls. Das allein ist schon unverantwortlich. Zudem hemmt die Laufzeitverlängerung den Ausbau erneuerbarer Energien, der für einen Umstieg auf umweltfreundliche Energieproduktion dringend erforderlich ist, und bremst den Übergang zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Stromversorgung in Deutschland.“

Sachsen-Anhalt, insbesondere die Region um Magdeburg, ist davon besonders betroffen. Hier haben sich in den letzten Jahren viele Firmen der Solar- und Windenergiebranche angesiedelt. Eine Laufzeitverlängerung bedroht diese in Sachsen-Anhalt entstandene Schlüsselbranche in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Zehntausende Arbeitsplätze hängen mittel- oder unmittelbar an der weiteren Entwicklung der erneuerbaren Energien. Aus all diesen Gründen habe ich gegen eine Verlängerung der Laufzeiten gestimmt.“